

Bezugspreis:

Wochenschrift 4,75 RM., monatlich 12,50 RM., ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die schlagfertigen Nonpareilzeilen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 2. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die neuen Forderungen der Entente.

Die deutschen Truppen und die Bolschewisten im Baltikum.

Nicht nur der englische Admiral der englischen Flotte im Baltischen Meere, sondern auch Generalissimus Hoch hat verlangt, daß laut Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages, der sich mit der Frage der Besetzung der Ostgebiete durch deutsche Truppen befaßt, die deutschen Truppen dort gelassen werden. In seiner Rede, die der deutschen Waffenstillstandskommission durch General Rudant am 24. Dezember v. J. überreicht worden ist, macht er die deutsche Regierung für alle Schäden haftbar, die der Bevölkerung der Ostgebiete dadurch entstehen, daß den zurückgehenden deutschen Truppen die Bolschewisten folgen. Er folgert sogar aus der Zurückziehung der deutschen Truppen, daß Deutschland mit dem Bolschewismus unter einer Decke stehe, und gründet auf diese falsche Auffassung seine drohenden Forderungen. Die deutsche Regierung hat dieses Verlangen nicht anerkannt und sich darauf berufen, daß Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages für Deutschland zwar ein Recht, aber keine Pflicht begründe, seine Truppen im Osten zu lassen, und daß die deutsche Regierung auch nicht über ihr tatsächliches Vermögen hinaus verpflichtet werden könne, Truppen, die kampfunfähig an den Kampfplatz zu stellen.

Die Verhandlungen, die auf die Rote des Generalissimus Hoch hin mit der Obersten Direktionsleitung der Alliierten eingeleitet worden sind, sind noch nicht abgeschlossen. Die Forderung der Alliierten nach Befassung der deutschen Truppen im Osten bezieht sich sowohl auf Ostland und Litauen wie auf die Ukraine.

Kunze hat neuerdings der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, die deutschen Vertreter in Spaa gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Auffassung, als ob wir in Artikel XII die Verpflichtung übernommen haben, unsere Truppen solange im Ostgebiet zu belassen, bis die Alliierten ihren Abzug für zweckmäßig halten, nicht der getroffenen Abmachung entspricht.

Wir haben seinerzeit, — so lautet die Äußerung des Staatssekretärs wörtlich weiter —, als von uns die sofortige Räumung verlangt wurde, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit ihrer raschen Ausführung wegen des Mangels an Eisenbahnmateriale und im Hinblick auf das bedrohliche Schicksal der besetzten Gebiete darum gebeten, unsere Truppen noch länger dort lassen zu dürfen. Darauf wurde uns dies in Form der endgültigen Fassung des Artikels XII bewilligt, so daß die Worte 'sobald die Alliierten den Augenblick für gekommen erachten' den äußersten Zeitpunkt bezeichnen, bis zu dem wir die Gebiete besetzt halten können, und nicht etwa den frühesten, zu dem wir berechtigt sind, sie zu räumen.

Die Annahme der Entente, als ob unsere Truppen eigenmächtig aber gar auf höheren Befehl dem Bolschewismus absichtlich Vorschub leisten, sei es direkt oder durch Behinderung antibolschewistischer Maßnahmen, ist nicht zutreffend.

Auch wir und unsere Truppen sehen in dem Bolschewismus eine außerordentlich große Gefahr und tun alles, um diese Gefahr abzuwehren. Die Entente wird zugeben müssen, daß diese Gefahr für uns viel größer ist als für sie selbst oder sonstige Staaten in der Welt, und kann davon überzeugt sein, daß wir schon im eigenen Interesse alle möglichen Maßnahmen treffen, um das Vordringen des Bolschewismus zu verhindern. Daß unsere Truppen nach vierjährigem Kampf und in Anbetracht der Lage nur noch den Wunsch nach Rückkehr in die Heimat hegen und daher dem Vorrücken der roten Truppen nicht überall den Widerstand entgegenzusetzen, der uns selbst erwünscht ist, können wir nicht bestreiten. Wir tun aber alles, was in unseren Kräften steht, um dieser Kampfmüdigkeit der Truppen durch Ermahnung, Aufführung und Erhebung durch frischere Truppenkörper entgegenzuwirken. Wenn die Entente die Auffassung hat, der Bolschewismus sei eine Gefahr, der auf jeden Fall und mit allen Mitteln entgegenzutreten werden müsse und wenn sie der Ansicht ist, daß unsere Kräfte dieser Aufgabe nicht genügen, wäre es zweckmäßig, wenn sie selbst ihre Lösung in die Hand nehmen oder wenigstens sich daran beteiligen würde. Jedenfalls müßten wir nochmals darauf hinweisen, daß wir die Aufgabe lediglich im Interesse der Allgemeinheit, der besetzten Gebiete und unserer selbst übernommen haben und auch gern weiter nach Möglichkeit übernehmen wollen, daß uns aber eine entsprechende Verpflichtung in Artikel XII, wie die Entstehungsgeschichte der jetzigen Fassung klar ergibt, nicht auferlegt ist.

Amerika plant die größte Flotte der Welt.

Washington, 31. Dezember. (Reuter.) Daniels erklärte in der Marinekommission, wenn die Versailles-Konferenz zu seiner allgemeinen Uebereinstimmung führe, so müßten die Vereinigten Staaten ihre Energie zur Schaffung der weitaus größten Flotte der Welt anspannen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Die Waffenstillstandskommission für die Inangriffnahme zuständig.

Berlin, 1. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird gegenwärtig durch eine Kommission der Alliierten geprüft, welche ihren Sitz in London hat. Das Oberkommando der Alliierten hat der Deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, die Beschlüsse der Lebensmittelkonferenz würden der Deutschen Waffenstillstandskommission überreicht, falls diese für die Lebensmittelversorgung für zuständig erklärt werde. Daraufhin hat Staatssekretär Erzberger in Spaa die Erklärung abgegeben lassen, daß die Deutsche Waffenstillstandskommission auch für die Inangriffnahme der Lebensmittelversorgung zuständig ist. Die weiteren Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands werden also nunmehr an die Waffenstillstandskommission erfolgen.

Posen völlig unter polnischem Einfluß.

Militärische Maßnahmen zwecklos. Berlin, 1. Januar. Der nach Posen entsandte Vertreter der Regierung, Minister Eugen Ernst, und der Bevollmächtigte des Kriegsministeriums, Paul Gähre, sind in der Nacht zum Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt. Ueber seine Erlebnisse und Eindrücke, die er in Posen empfing, gibt Minister Ernst der 'Telegraphen-Union' folgende anschauliche Schilderung:

Unmittelbar nach unserer Ankunft in Posen begaben wir uns zunächst zu dem Oberpräsidenten von Eisenhardt-Rothe, mit dem wir uns eingehend über die augenblickliche schwierige Lage in der Stadt und in der Provinz Posen berieten. Als wir nach der ausgedehnten Aussprache das Präsidialgebäude verlassen wollten, erklärte uns die polnische Wache, die, mit Gewehren bewaffnet, ungefähr 30 Mann stark war, daß wir das Gebäude nicht ohne besondere Erlaubnis des Abgeordneten Trampczynski verlassen dürften. Unsere Einwendungen gegen diese Gewalt blieben erfolglos. Wir wurden im Hofe des Gebäudes festgehalten, trotzdem wir uns ausreichend als Vertreter der preussischen Regierung legitimierten und auch nicht unterließen, auf die möglichen Konsequenzen eines solchen Gewaltaktes hinzuweisen. Ungefähr nach einer Stunde erschien Trampczynski selbst und erteilte der Wache den Befehl, uns freizugeben. Er entschuldigte sich, daß er von dem Vorgehen der Wache angeblickt keine Kenntnis gehabt habe und daß er das Vorgehen der Wachposten durchaus mißbillige.

Ueber die allgemeine Lage in Posen selbst äußerte sich Ernst, daß man sich in Deutschland darüber unbedingt klar sein müsse, daß sich die Machtverhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Vor 14 Tagen vielleicht, so erklärte er, wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit militärischer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Vormachtstellung in Posen aufrecht zu erhalten. Heute sei es zu einem solchen Versuch zu spät. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen geschickt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr verändern lassen. Es sei ein Unsin, auch nur zu glauben, daß man heute noch mit Gewalt etwas ausrichten könnte. Bei dem Panatismus der Polen würde dadurch lediglich ein Bürgerkrieg entfesselt werden, dessen furchtbare Wirkungen gar nicht abzusehen sind.

Die Verhandlungen mit den Polen seien in der Hauptsache deshalb so unendlich erschwert, weil das Mißtrauen zwischen Deutschen und Polen jedes Maß übersteige. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht einschränkt in der Hand.

Unter diesen Umständen muß man, so bemerkt Ernst weiter, in Deutschland vor allen Dingen von dem Gedanken ausgehen, eine Verständigung mit den Polen auf gütlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten ihm gegenüber ausgesprochen, daß sie zwar die feste Absicht haben, die Provinz Posen von Deutschland abzutrennen und mit russisch- und österreichisch-polen zu vereinigen, um den großpolnischen Staat wieder ins Leben zu rufen, die deutsche Regierung aber solle dabei keineswegs vor vollendete Tatsachen gestellt werden, die polnische Regierung würde vielmehr mit ihrem Vorgehen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten.

Den Eindruck, den die Stadt Posen auf den Minister Ernst ausübte, muß geradezu großartig genannt werden. Nie hätte er eine Stadt so überreich geschmückt gesehen. Es sei nicht übertrieben, zu behaupten, daß in Posen auch nicht eine Wohnung zu finden sei, die nicht die rot-weiße polnische Nationalflagge befaße.

Deutschlands bundesstaatliche Neugestaltung.

Von Prof. Dr. B. Vogel

Die Frage des inneren staatlichen Neuaufbaues der deutschen Republik hat ihre verfassungsrechtliche und ihre territorial-geographische Seite, die natürlich beide aufs engste zusammenhängen. Die Absonderungsbestrebungen von Preußen, die sich in letzter Zeit im Rheinland, in Niedersachsen und anderswo bemerkbar gemacht haben, regen dazu an, die öffentliche Erörterung über die letzte Seite der Frage in Gang zu bringen. Der nachfolgende Vorschlag bezweckt, dieser Erörterung eine diskutabile Grundlage zu geben, soweit dies im Rahmen einer Tageszeitung möglich ist.

Das Staats- und Verfassungsleben Deutschlands unter dem alten System beruhte auf dem tatsächlichen, wenn auch nicht uneingeschränkten Uebergewicht Preußens, das seinen Ausdruck darin fand, daß der preussische Ministerpräsident zugleich deutscher Reichskanzler und der preussische König zugleich deutscher Kaiser war. Durch den Sturz der Monarchie ist dieses Band zwischen den zwei großen, gewissermaßen ineinandergehauenen Staatskörpern geschnitten, und damit ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich neu aufgerollt. Eine Fortsetzung des alten Zustandes ist in der neuen Republik unmöglich. Das Uebergewicht Preußens kam im Bundesrat zahlenmäßig nicht voll zum Ausdruck. Während Preußen nach Fläche und Volkszahl fast zwei Drittel des bisherigen Deutschen Reiches ausmachte, zählte es im Bundesrat nur 17 unter 58 (mit Elb-Verträgen 61) Stimmen. Wenn trotzdem die preussischen Stimmen den Ausschlag zu geben pflegten, so beruhte das auf dem gewaltigsten, politisch-militärischen und wirtschaftlichen Einfluß Preußens, auf der Abhängigkeit der nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten von ihm usw. Nach dem Verschwinden dieser Kleinstaaten — denn es ist klar, daß die Verschleppung der Bundesfürsten ein gesondertes Weiterbestehen von Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß jüngerer Linie unmöglich macht — ist das ganze Stimmenverhältnis im Bundesrat über den Haufen geworfen. Der Neuaufbau des künftigen Großdeutschland ist aber nach wie vor nur auf föderativer, bundesstaatlicher Grundlage möglich. Denn wenn auch in der deutschen Arbeiterchaft die Meinung zum Einheitsstaat vielleicht vorherrscht, so sind doch andererseits auch in ihr, besonders in West- und Süddeutschland, die Bestrebungen nach Wahrung der landschaftlichen Sonderart so lebhaft, daß eine rein zentralistisch-militärische Gestaltung der deutschen Republik, etwa nach französischem Muster, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde. Die Ereignisse lehren das schon heute jeden Tag.

Auch das neue Großdeutschland muß also neben dem Reichstag eine Vertretung der Einzelstaaten besitzen, wobei Name und Abgrenzung der Bezugsgebiete hier unerörtert bleiben mögen. Das bisherige, künstlich abgewogene Stimmenverhältnis in diesem Bundesrat (wie wir die Körperlichkeit einstweilen nennen wollen) wiederherzustellen, ist, wie gesagt, unmöglich. Es entspricht dem Geiste der neuen Zeit, alles auf einfache, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Zahlen und Mehrheiten zu gründen. Würde nun aber Preußen seiner Volkszahl und Fläche entsprechend über die Hälfte der Stimmen im Bundesrat erhalten, so ergäben sich sofort neue Schwierigkeiten, denn dann würde es eine ständige, nicht zu stützende Mehrheit in dieser Körperlichkeit besitzen. Es könnte also eine Diktatur ausüben, die naturgemäß den bestigen Widerspruch der übrigen Einzelstaaten hervorrufen müßte. Auch das Nebeneinanderbestehen des Reichstages und des fortan noch genau dem gleichen Wahlrecht zu wählenden preussischen Abgeordnetenhauses, das noch einmal über die Hälfte des deutschen Volkes repräsentiert, könnte leicht zu scharfen Konflikten führen, wenn z. B. in einem Hause eine anders zusammengesetzte Mehrheit herrscht als im anderen.

Eine Lösung dieser Schwierigkeiten kann nur darin gesucht werden, daß ein alter Gedanke der Demokratie von 1848 wieder aufgenommen und den preussischen Provinzen, oder größeren, aus mehreren Provinzen gebildeten Einheiten, eine größere Selbständigkeit als bisher zugestanden wird, eine Selbständigkeit, die bis zu selbständiger Instanz der Bundesratsdelegierten zu gehen hätte. Andererseits wäre es aber ein Unding und geradezu fortwährend bedauernde Gesamteinrichtungen des preussischen Staates,

Besonders wirtschaftliche und Verkehrsanstalten, aufzulösen. Solche Einrichtungen und „Großbetriebe“, wie z. B. die preussisch-hessischen Stahlwerke, die Binnen-schiffahrtsgesellschaft, das staatlich geregelte Siedlungswesen, das Hochschulinstitut und vielleicht auch Teile des übrigen Schulwesens müssen vielmehr zu Reichseinrichtungen erweitert werden. Also: Ausbau und Weiterentwicklung der Reichseinheit in allen die Gesamtheit des deutschen Volkes betreffenden Fragen; Wahrung und Kräftigung der landwirtschaftlichen Sonderart auf den Gebieten, die das geistige und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Reichsteile besonders angehen.

Die Frage, welchen Teilen Preußens in diesem Sinne eine erhöhte Selbstständigkeit zu verleihen wäre, ist keineswegs nebenfächlich. Der nachfolgende Vorschlag geht von dem Grundgedanken aus, alles willkürliche Zerschneiden bestehender Beziehungen möglichst zu vermeiden, vielmehr unter enger Anlehnung an die bestehenden wirtschaftlichen und historisch begründeten Verhältnisse sowie die Eigenart der Bewohner in sich lebenskräftige Gebilde zu schaffen. Diese territoriale Neugestaltung bräufte auch durchaus nicht an den preussischen Grenzen halt zu machen. Die übrigen deutschen Einzelstaaten, insbesondere die süddeutschen, sind zumeist vor einem Jahrhundert von Napoleon's Gnaden geschaffene willkürliche Staatsgebilde, die zum Teil recht verschiedenartige Teile unorganisch verbinden; gewisse Aenderungen liegen also auch hier im Sinne organischen Fortschritts. Ferner ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die einzelnen „Staaten“ (um diesen Ausdruck beizubehalten) weder zu klein, noch zu groß, und daß sie vor allem, ohne pedantische Durchführung, möglichst gleichmäßig der Bevölkerung nach sind. Dies hat den großen Vorteil, daß man, ähnlich wie bei den nordamerikanischen Staaten, von einer Bemessung der Vertreterzahl im Bundesrat nach der Größe absehen, vielmehr jedem Staat die gleiche Zahl, etwa 3 oder 5, zuerteilen kann. Eine Durchschnittsgröße von 4 bis 7 Millionen Einwohnern dürfte eine gesunde Entwicklung am meisten gewährleisten. Die einzelnen Gebiete wären wie folgt zu gestalten, wobei die äußeren Reichsgrenzen, abgesehen von dem Hinzutritt der deutsch-österreichischen Gebiete, als unänderlich angenommen sind; etwaige Veränderungen würden das Grundfächliche der Neugestaltung nicht berühren.

1. Preußen, umfaßt die Provinzen Ost- und Westpreußen, sowie den Regierungsbezirk Bromberg. 74 000 Quadratkilometer, 5,1 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Königsberg (oder Danzig).

2. Schlesien, außer der bisherigen Provinz den Regierungsbezirk Bresen und die von Deutschen bewohnten sudetenländischen Teile Böhmens, Mährens und Oesterreichisch-Schlesiens umfassend. 65 000 Quadratkilometer, 7,5 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Breslau.

3. Brandenburg, außer der bisherigen Provinz dieses Namens Pommern, die Altmark und womöglich die beiden Neudorfer. 90 000 Quadratkilometer, 8,8 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Berlin.

4. Niedersachsen, umfaßt die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, Oldenburg, die drei Hansestädte und den größten Teil von Braunschweig. Das Emsgebiet bis etwa Papenburg und das obere Leinetal fallen besser an West- bezw. Ostfalen. 59 000 Quadratkilometer, 6,3 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Hamburg (oder Hannover).

5. Ostfalen-Thüringen, umfaßt die bisherigen thüringischen Kleinstaaten bis zum Ramm des Thüringer Waldes, die bisherige preussische Provinz Sachsen, ohne die Altmark und die Wittenberg-Lordauer Gegend, sowie Anhalt, Teile von Braunschweig und das obere Leinetal. Da der Name Thüringen das Gesamtgebiet nicht deckt, der Name „Provinz Sachsen“ zu Verwechslungen Anlaß gibt, wird als Rufname der alte historische Name Ostfalen vorgeschlagen. 82 000 Quadratkilometer, 4,2 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Magdeburg (oder Erfurt).

6. Obersachsen, das bisherige Königreich Sachsen nebst den als landwirtschaftliche Ergänzung nützlichen früher dazu gehörigen Strichen um Wittenberg-Lordau und den nordböhmischen Distrikten östlich vom Egerland. 24 000 Quadratkilometer, 6 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Dresden.

7. Westfalen, die bisherige Provinz nebst den beiden

lippe, Waldeck und dem unteren Emsal bis Papenburg. 30 000 Quadratkilometer, 4,7 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Münster (oder Dortmund).

8. Rheinland, die bisherige Provinz nebst Birkenfeld. 27 000 Quadratkilometer, 7,2 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Köln.

9. Pfalz-Rhein, das bisherige Großherzogtum Hessen, die preussische Provinz Hessen-Rhassau, die bayerische Rheinpfalz und die altpfälzischen Teile Nordbadens. 33 000 Quadratkilometer, 5 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Frankfurt a. M.

10. Schwaben, das bisherige Königreich Württemberg ohne die fränkischen Teile, Baden ohne die pfälzisch-fränkischen Teile des Nordens, die Hohenzollernschen Lande. 29 000 Quadratkilometer, 4 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Stuttgart.

11. Elsaß-Lothringen, das bisherige Reichsland, dem die zugehörige Autonomie auf diese Weise erfüllt wird. Das Einverständnis der Bewohner vorausgesetzt, wäre freilich eine Vereinigung des Elsaß mit Schwaben, Lothringens mit dem Rheinland in vieler Hinsicht zweckentsprechender. 74 500 Quadratkilometer, 1,9 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Straßburg.

12. Franken, die bisherigen bayerischen Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken, Teile der Oberpfalz, Sachsen-Meiningen und -Rohrig südlich des Rennsteigs, die fränkischen Teile Württembergs und das böhmische Egerland nebst den südlich angrenzenden deutsch-böhmischen Distrikten. 30 000 Quadratkilometer, 3 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Nürnberg.

13. Bayern, der Rest des früheren Königreichs, einige angrenzende westböhmische Striche, sowie Salzburg, Tirol und Vorarlberg. 80 000 Quadratkilometer, 4,9 Millionen Einwohner. Hauptstadt: München.

14. Oesterreich, Ober- und Niederösterreich nebst den angrenzenden von Deutschen bewohnten Strichen Böhmens, Mährens und Ungarns, Kärnten und Steiermark bis auf die slowenischen Gebiete. 64 000 Quadratkilometer, 6 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Wien.

Eine nähere Begründung denke ich demnächst an anderer Stelle zu geben. Man darf hoffen, daß ein solches Nebeneinander von 13 bis 14 einigermassen gleich großen Staaten dem Einheitsstreben der Nation förderlich ist und die zutagegetretenen Wünsche auf Absonderung von Preußen in gesunde Bahnen lenkt. Eine Bildung zu großer Staaten von ganz verschiedenem Umfang und Gewicht würde dagegen Anlaß zu Konflikten geben und einen bedenklichen einheitsfeindlichen Partikularismus großziehen.

Sitzung des Zentralkrats.

Der Versammlung liegen Anträge des Obersten Soldatenrats von Hamburg, Altona und Umgegend vor. Es wurde beschlossen, die Volksbeauftragten um schleunige Vorlage der Ausführungsbestimmungen zu ersuchen.

Die Verteilung des Protokolls des Rätekongresses vom 16. bis 20. Dezember 1918 wird der Zentralrat übernehmen. Eine längere Aussprache fand statt über die Zuständigkeit des Zentralrats und der anderen Organe zur Ausstellung von Vollmachten. Allgemein herrscht die Ansicht, daß der Zentralrat keine Vollmachten ausstellt, sondern dieselben sind von den Volksbeauftragten und den zuständigen Ressorts auszufertigen.

Es wurde betont, daß auf alle Fälle Leute, die Vollmachten erhalten wollen, den Nachweis ihrer ordnungsmäßigen Wahl, ihrer Befähigung und eine Bescheinigung der Notwendigkeit einer Vollmacht beizubringen haben.

Hamburgs Arbeiterschaft für die Regierung.

Die Massen bei der alten Partei.

Hamburg, 1. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die sozialdemokratischen Parteibereine von Hamburg-Altona hatten am Neujahrstag nachmittag eine Massendemonstration für die Regierung Ebert-Scheidemann veranstaltet, die sich zu einer ge-

waltigen Kundgebung gestaltete. Von zwei Uhr ab strömten aus allen Stadtteilen Tausende mit Fahnen und Standarden heran, die sich auf der Wiese vor dem Dammtor zu einer Riesensammlung versammelten. Ihre Teilnehmerzahl betrug mindestens 150 000. Von zwölf Tribünen wurden Ansprachen gehalten. Alle Redner begrüßten die neue Regierung, verurteilten das Sozialstreiken und die zwiespältige Haltung der Unabhängigen und forderten zur lückenlosen Wahlbeteiligung auf. Nachdem die Redner unter Hochrufen auf die neue Volkregierung, den Kaiserbund und den Weltfrieden genötigt hatten, bildete sich ein Zug nach der inneren Stadt. Sein Vorbeimarsch dauerte über zwei Stunden, er löste sich in voller Ordnung und Ruhe auf dem Jungfernstieg auf.

Eine Gegendemonstration der Unabhängigen brachte kaum 1000 Mann auf die Wiese, die sich in einer Gasse des Heiligengefildes um Dr. Lautenberg und noch einen Redner herumstellten.

Die Massen waren bei der alten Partei und schworen ihr auf neue die Treue.

Gegen die Vergewaltigung des „Hamburger Echo“ hat der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat öffentlich Stellung genommen und erklärt, daß er auf dem Boden völliger Preß- und Meinungsfreiheit steht.

Preßfreiheit oder Diktatur?

Die „Freiheit“ erklärt es, daß die Soldatenräte von Breslau konfessionelle Diktaturen kurzerhand beschlagnahmt und vernichtet haben. Sie schreibt:

Es ist durchaus richtig, wenn gegen Lügenflugblätter und Plakate in dieser Weise vorgegangen wird. Die Konfessionellen haben unter der alten Herrschaft so viel Unheil und Verbrechen angeht, daß es nicht möglich ist, ihnen die rücksichtslose Fortführung ihrer erbärmlichen Handwerks unter dem Signum der Preßfreiheit zu gestatten.

Das ist ganz die Preßfreiheit des alten Systems, daß Preßfreiheit nur für die „Guten“, nicht aber für die „Bösen“ vorhanden ist. Begibt man sich einmal auf den Weg der „Freiheit“, dann gibt es kein Halten mehr, denn im Eifer des Augenblicks im Recht, wenn es um mißliebige Setzungen überfällt und schließlich die Stellungnahme der „Freiheit“ eine Annäherung an Spartakus und seine Methoden dar.

Verhältnismahl oder Parität?

Der Soldatenrat des 3. Garderegiments zu Fuß protestiert in einer längeren Erklärung gegen den am 29. Dezember gefaßten Beschluß der Soldatenräte Groß-Berlins, die Wahlen zum Volksrat nach dem Grundfah der Verhältnismahl vorzunehmen. (Auf Grund dieses Beschlusses sind bekanntlich 6 Mehrheitssozialisten und 2 Unabhängige in den Volksrat gewählt worden.) Er fordert Neuwahl nach dem Grundfah der Parität. In dem Protest heißt es:

Schon jetzt wird infolge dieser bedauerlichen Vorgänge die Forderung laut, Neuwahlen zum Soldatenrat innerhalb der Regimenter vom parteipolitischen Standpunkt aus vorzunehmen. Das Abweichen vom Paritätsverhältnis bei den Soldaten bedroht die mühsam errungene Ordnung und das kameradschaftliche Verhältnis in den Regimenter aufs höchste und ist nur zu sehr geeignet, uns, die wir vierundhalb Jahr unter den schwierigsten Verhältnissen Seite an Seite gekämpft haben, in einen Bruderkrieg, Kamerad gegen Kamerad, hineinzutreiben, und uns auch noch um die Rechte der Revolution zu bringen.

Wir können nicht finden, daß durch den Grundfah der Parität das parteipolitische Moment ausgeschaltet wird, denn auch bei seiner Befolgung spielt die politische Stellung der zu Wählenden eine Rolle, nur daß das Stärkeverhältnis der Parteien von vornherein festgelegt wird ohne Rücksicht auf das wirkliche Stärkeverhältnis. Nach allen bisherigen Erfahrungen begeistern sich die Unabhängigen für den Grundfah der Parität nur dort, wo sie selber in der Minderheit sind.

Die Internierung Radensend durch französische Truppen wird demontiert.

Unglücklicher Erfolg der Deutschösterreichischen Anleihe. Wien, 31. Dezember. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erfährt, wurde der ausgelegte Betrag von 500 Millionen Kronen der Deutschösterreichischen Anleihe übergeben.

Beethovens Neunte vor Berliner Arbeitern.

Palasttheater. — Philharmonie.

Seit dem Novembersturm der Revolution ist in der Berliner Arbeiterschaft der Wunsch lebendig, nun Beethovens neunte Symphonie, diesen menschlichsten Ausdruck des Zurückdrucks zur ewig liegenden schöpferischen Freude, diesen Hymnus erlösender Menschenerhebung, vor Tausenden von Arbeitern erklingen zu lassen. Denn beide gehören wie Herz und Blut zusammen. Nun ist gestern endlich in zwei großen Säumen diesem Wunsch eine erste Erfüllung gebracht worden: im Palasttheater durch die Groß-Berliner sozialdemokratische Organisation, die das Mäthner-Orchester unter Paul Scheinplugs Leitung gewonnen hatte, in der Philharmonie, durch den Verband der Freien Volkshäuser. Tausende lauschten diesem mächtigen Werke. Ihr Dank brante zu den Klängen empor, die ihnen Beethovens größte Offenbarung kämpfender Menschlichkeit vermittelte. Alle neuen Zeitspannen werden an dieser Neunten ihren herrlichsten Ausfluß haben.

Im Palasttheater leitete Heinrich Schulz die Wiedergabe des Werkes im Anschluß an die Leonoren-Ouvertüre durch eine Ansprache ein, die aus der erschütterten Gegenwart, in der eine Welt aus den Fugen scheint, der Seele der Neunten nachdrang. Er sprach von deutschem Geiste, der bisher noch immer als Krümmertzen politischer Erniedrigung triumphierend überstanden habe:

Kont schrieb in solcher Unglückszeit sein Trauerspiel vom ewigen Frieden. Welche tief seinen Hauf das höchste Glück empfinden in dem Bewußtsein, auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen. Und Beethoven schenkte der Welt seine Symphonien, seine unsterbliche Neunte, seinen Hymnus auf Brüderlichkeit und Weltfrieden! Glück und Unglück wird Befang. Mehr noch das Unglück als das Glück! Was ist das größte Schicksal dieser Männer anders als ein Ringen mit dem Unglück, als der titanische Kampf des Menschenbergens mit dem mittellosen, wilden Gewalten der Außenwelt, als das Suchen nach der Erlösung, nach der Befreiung von dem ritzelnden und schüttelnden Joch, den die große Welt der Erscheinungen in der winzigen Seele des einzelnen weckt? Im ersten Satz der Neunten der wilde dämonische Trost des Angebandigten, im zweiten das leidenschaftliche Bergesstöhnen in Wollust und Freude, im dritten die schmerzvolle Klage und der Ruf nach der Erlösung, im vierten in wunderbarer Gedrängtheit noch einmal Trost, Jauchen und Klage bis zur tiefsten Niedergeschlagenheit, denn unauflösbares Elend liegt über der Erde. Und in dieser Stimmung der Verzweiflung und des trübseligen Jammers sehen plötzlich die Instrumente aus, haben sie den Atem an, und wie ein Klang aus einer neuen Welt, wie eine Verkündung und Erlösung

erhält die menschliche Stimme durch die Welt des Schmerzes und ruft zur Umkehr auf in Tönen, die freudvoller sind. Durch schweres Gewölk bricht die Sonne: Beethoven reicht Schiller die Hand, ein großer Prophet des Ewigen dem anderen: Freude, schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium. . . Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt.“

Und wieder knüpfte der Redner das enge Band zwischen dem hohen Werk Beethovens und der Gegenwart, das Band zwischen dem Werk und dem Volke von uns Sozialdemokraten, die den Kampf aufgenommen haben, Deutschland aus dem Kampf der inneren Zerrüttung zu retten. „Wieder soll wie einst in ähnlichen Zeiten der Geist über den Stoff siegen. Was ist der Sozialismus anders als fleischgewordene Menschenliebe, als organisierte Brüderlichkeit, als die Befestigung und Zernhaltung der Störnsfriede, die Streit und Krieg, Nord und Süd, Zug und Trug in die Welt getragen haben! Im Sozialismus begrüßen wir die gesellschaftliche Erlösung. Schließt euch zusammen, ihr Menschen! Freude will der Sozialismus, Schönheit und fröhliche Arbeit. Vertraut ihm, ihr Menschen! Sozialismus ist Freude!“

Wuchtiger Beifall dankte dem Redner, und dann setzten die bestingenden Töne Beethovens ein, die Paul Scheinplugs klare Arbeit beneidert entfaltete. Wir haben diese Arbeit nach der Weisheitsauffassung im Mäthnerfoale (der natürlich mehr als der Raum des Palasttheaters der groß aufwachsenden Kraft des Werkes dient) schon gewürdigt. Was damals gesagt wurde, gilt auch jetzt. In dem Quartett Adelheid Pickert, Annemarie Franz, Waldemar Henke und Herrn van der Wyl, wie an seinem Chor der Leiber, vielleicht aus Raumgründen, nicht vollständig mitwirkte) hatte Scheinplugs sichere Helfer. Wir hoffen, daß er eines Tages die Arbeiterschaft im Mäthnerfoale zu neuen Weisheiten der Neunten in dichten Scharen versammelt sehen wird.

Zu gleicher Stunde ging die Aufführung für den Verband der Freien Volkshäuser in der Philharmonie vor sich. Ueber diese Veranstaltung sagt unser Berichterstatter Ernst Kromm:

Gleichsam ein Volk mit einem Palmenzweig, gleichsam ein freudengruß aus All-Glück: so schwingt die Neunte Symphonie als grandioser Schlusssatz des Beethoven'schen Schaffens in unsere Schicksalstage hinein. Nicht pessimistisch zu klingen und zu verzichten, nicht chaotischen Sinnengüssen sich hinzugeben, sondern empor zu streben nach des Lebens Krone, die auch des Menschenbojens hehrte Freuden lehrt: diese Weisheit läßt in wunderbaren Melodien zu uns her. So war's schon in dem Augenblick, da ples Werk aus Beethovens Schöpfergeist entsprang. Nur verstanden ward es damals nicht, zum wenigsten nicht von allem Volke. Man ließ von großem Jubel der Wiener anfänglich der ersten Aufführung und sieht daneben den kläglichen Reingewinn von ganzen 60 Gulden.

Aber auch der Russen selbst, zumal einflussreichen Kapellmeistern, fand die Neunte lange Zeit wenig Gnade. Wagner erzählt darüber ergötliche Dinge. Und er, der die Partitur bereits als junger Musikstube für sich, doch auch zum allgemeinen Wohl für Klavier übertragen hatte, war es denn auch, der sie dem Verständnis des großen Publikums erschloß.

Heute nun darf man sagen: die „Neunte“ ist die rechte Er-rungenschaft unseres sozialistischen Zeitalters, wie sie einst im Berg-vulkan eines Republikaners geboren wurde. Und wenn Wagner noch beklagen müßte, daß es selbst keinen Bemühungen kaum gelang, das Werk als einzigen Befang durch das Orchester darzustellen — gegenwärtig kann dies Ziel im allgemeinen als erreichbar, ja in vielen Fällen als erreicht angesehen werden. Zum mindesten trifft dies zu auf die beiden gestrigen Aufführungen im Palast-theater am Zoo und in der Philharmonie: dort mit dem Mäthner-Orchester durch Scheinplugs, hier mit dem Philharmonischen Orchester durch Kapellmeister Eledrn. Unbedenklich voneinander in etwas abweichender Auffassung, trat bei der Wiedergabe im Mäthnerfoale am letzten Freitag wie nun gestern mittags in der Philharmonie das heisse Bestreben zutage. Die abgründige Schönheit und Monumentalität dieser unsterblichen Musik auch gerade an verschiedenen, dem Kenner als Schöla und Charaktris für die Aus-sprechenden vertrauten Stellen nahezu reiflos geltend zu machen. Mit dem Berliner Volkstheater weiterfuhren hier auch die Solisten: Lotte Leonhard (Soprano), Ma Nach zu Nieden (Alt), Rudolf Lautenschel (Tenor), Eduard Bilden (Bass) in schönem Jubelton.

Der „Neunten“ voran ging Beethovens Symphonie-Ouvertüre und Mozarts edles Violinconcert Es-Dur, dessen himmlische Melodien Professor Michael Preß mit ebenso viel Liebe als überlegener Virtuosität vermittelte.

Notizen.

— Forträge. Subvols Nordt gibt Sonntag und Sonntag, 8 Uhr, im Reiter-Saal, zwei „Rabe-Abende“: Kistencon, Reuter, Claudius, Doudet. „Das un Swinegel“; dazu zehn „Vorträge“ Berliner Schauspielers.

— Zwischenemmer. Die Technische Hochschule zu Berlin-Charlottenburg schaltet nach Abschluß des Wintersemesters (31. 1.) ein 2. Wintersemester vor dem Beginn des Sommersemesters ein. Es wird für die Prüfungen als volles Semester gerechnet werden. Ebenso hat die Dresdenener Technische Hochschule ein Zwischensemester vom 8. Februar bis zum 10. Mai ein. Das gleiche ist an der Danziger Technischen Hochschule geplant. Die Braunschweiger Technische Hochschule beginnt ein drittes Semester schon am 7. Januar und trifft Vorlage, daß auch alle bis 20. Januar eintreffenden Studierenden den Vorlesungen folgen können.

Sichhorn will im Amte bleiben.

Der „unpolitische“ Polizeipräsident.

Einen Berichterstatter des „Sozial-Anzeigers“ hat der Polizeipräsident Sichhorn davon in Kenntnis gesetzt, daß er seinerseits keinen Rücktritt nicht bewirken wird. Sichhorn betonte, daß dazu für ihn kein Anlaß vorliege. Allerdings seien seine engeren Fraktionsgenossen aus der Regierung ausgeschieden; es sei aber ein Unterschied zwischen Regierungs- und Verwaltungsbeamten. Daß er unabhängiger Sozialdemokrat ist, sei bekannt und nie von ihm geleugnet worden; in seiner Diensttätigkeit als Polizeipräsident aber sei er nur Verwaltungsbeamter und nicht Politiker. Sichhorn betonte, daß er auch keinen Anlaß zur Demission sehen würde, wenn die unabhängigen Sozialdemokraten, die noch in der preussischen Regierung sitzen, ebenfalls wie ihre Kollegen in der Reichsregierung zurücktreten würden, denn auch diese seien eben politische Beamte. Was die Besetzung des „Vorwärts“ anlangt, so seien die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht richtig. Die von der Redaktion des „Vorwärts“ gegen ihn vorgebrachten Beschwerden in dieser Sache beruhten nach seiner Meinung auf Mißverständnissen. Er sei immer nur bestrebt gewesen, für die Sicherheit Berlins und seiner Einwohner zu sorgen.

Tränen der Mühung steigen dem Leser bei soviel Bieder- und Treueherzigkeit auf. Wer wird in diesem „unpolitischen“ Polizeipräsidenten den Mann vermuten, der am 21. Dezember die Arbeiter der sozialistisch organisierten Betriebe wie Schwartkopf usw. telephonisch auffordern ließ, sofort ihr Arbeitsgebiet einzustellen und sich beim Polizeipräsidenten Waffen zu holen? Der dort die Waffen ernstlich an Zivilisten austeilte, die sich durch Mitgliedschaft im Sportklub als „zuverlässig“ legitimierten? — Derartige Dinge gehören anscheinend auch zur unpolitischen Amtsführung eines gänzlich unpolitischen Beamten.

Nachlässe zum 24. Dezember.

Eine verlorene Straßenschlacht.

Unter diesem Titel brachte ein hiesiges Blättchen eine Darstellung der Kämpfe am 24. Dezember, welche nicht nur ungenügende Angaben enthält, sondern auch die regierungstreuen Truppen herabwürdigend darstellt. Dazu überliefert uns die Gardelaballerie-Division folgende Erklärung:

„Das Schloß ist nicht von Tausenden von Kommunisten angegriffen worden, sondern von einigen Hunderten, welche von der Luftartillerie her die Portale IV und V angriffen, und um 8 1/2 Uhr vormittags beide Portale stürmten, wobei 3 Mann verwundet wurden. Alsobald wurden die Räume bei den Portalen durchsucht, dabei 3 Matrosen ohne ernstes Gefecht gefangen genommen. Der größte Teil des Schloßes war gegen 9 Uhr von den Matrosen gesäubert.

Während inzwischen der Kampf um den Marstall begann, hatten sich am Dom hinter dem Spalier der republikanischen Soldaten mehr große Massen, darunter Frauen und Kinder, angeammelt. Die Reite der Soldatenwehr gab nach und die am Portal stehenden Mannschaften gegen 10 Uhr vormittags Tausende von Menschen, vielfach bewaffnet und laut rufend, gegen die Portale ansetzten. Schmähungen und Drohungen wurden laut, die beruhigenden Auskünfte der Offiziere, auf Befehl der Regierung gehandelt zu haben, wurden niedergeschrien, kurz, die Truppe, die ihre Pflicht im Gefecht voll erfüllt hatte, geriet in die schwierigste Lage; zudem zeigten sich die wieder freigelegten Matrosen in ihrem Mägen.

Da man davon Abstand nahm, auf Frauen und Kinder zu schießen, so wurden zur Verhütung der Panik die Bajonette abgenommen, die Waffen entladen und schließlich, als die Matrosen im Einvernehmen mit der Wache die Tore von innen übernahmen, gegen Beschießung im Schloß abgegeben. Mit Rücksicht auf die Wut der toben den Menge legten die Offiziere die Rangabzeichen freiwillig ab, von einem Verunterrichten durch die Matrosen ist keine Rede. Es steht demnach fest, daß die Waffenabgabe lediglich infolge des Eingreifens der Volksmenge freiwillig, nicht durch die Matrosenabteilung erfolgte.

Es geht nicht an, brave Truppen, die stets im Feuer ihren Mann gefunden haben, eines mangelnden Kampfesgeistes zu zeihen, weil sie nicht auf Frauen, Kinder und Unbewaffnete schießen wollten.“

Nochmal die Bedrohung von Weis.

Gegen die Feststellungen des Zentralrats beweist der Rat der Kolonnenabteilung nochmals, daß eine telephonische Mitteilung des Inhalts, daß das Leben von Weis bedroht sei, von ihrem Kommandanten nicht gemacht worden sei.

Da das betreffende Gespräch stenographisch in der Reichskanzlei aufgenommen wurde und das Stenogramm die Äußerung Kades in aller Deutlichkeit enthält, so auch angenommen werden, daß Kade in der kritischen Nacht zu ausgereizt gewesen ist, um sich seiner Äußerungen nachträglich erinnern zu können. Geht hat er sie trotzdem.

Arbeitslosenforderungen in Mannheim.

Täglich zehn Mark Unterstützung.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet:

Eine Part besuchte Arbeitslosenversammlung in Mannheim beschloß, dem Bürgermeister in Form eines Ultimatum eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten. Es wird u. a. verlangt, die Arbeitslosenunterstützung auf 10 M. für den verheirateten Mann und 8 M. für den ledigen Mann, auf 6 M. für die weiblichen Arbeitslosen und 1 M. für jedes Kind zu erhöhen. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung soll eine Streikemonstration stattfinden, an welcher sich auch die stellungslosen Angestellten beteiligen werden.

Es ist höchste Zeit, Arbeit zu beschaffen. Es ist ganz unendlich bei der zu erwartenden Massenarbeitslosigkeit, Unterstützung ohne Gegenleistung zu geben. Wir können und bei unserer Armut keine großen Arbeitslosenunterstützungen leisten. Wir müssen die Arbeitslosen beschäftigen, damit sie für die nötigen Summen als verbendes Kapital angelagt werden können.

Ein Appell der Garnison Frankfurt a. O. an Regierung und Zentral-Soldatenrat.

Der Regierung ist folgende Entscheidung übermitteln worden:

Die versammelten Soldatenräte der gesamten Garnison Frankfurt a. O. stellen sich uneingeschränkt hinter die Reichsregierung. Sie verlangen aber, daß die Regierung endlich energische Schritte tut, um der schmachvollen Anarchie in Berlin und in den Kohlegebieten zu steuern.

und daß die Regierung alle zu ihrer Verfügung stehenden Mittel sofort zur Anwendung bringt, um in Berlin und in den Kohlegebieten unbedingt Ordnung zu schaffen. Die Waffe des Volkes hat jederzeit hinter einer festen Regierung und wozu nur auf Führung. Verbleibt Berlin durch die Schwäche der Regierung in Anarchie, so werden wir das Reich zur Selbsthilfe gegen die Reichshauptstadt, die zur Reichsgefahr geworden ist, aufrufen.

Dem Zentral-Soldatenrat des 3. Armeekorps ist eine gleichlautende Forderung mit der Aufforderung, sofortigen energischen Handelns zugesandt worden.

Von Brandenburg a. O. erreicht uns folgendes Telegramm:

Die Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates Brandenburg a. O. vom 30. Dezember 1918 läßt nach mehrstündiger Aussprache über die Berliner Vorgänge und den Regierungsvorschlag folgende Entschlüsse: Der Arbeiter- und Soldatenrat Brandenburg stellt sich hinter die neue Regierung in der bestimmten Erwartung, daß sie entsprechend den Beschlüssen des Zentralrates und ihrem programmatischen Aufruf gemäß zu Taten schreitet welche die Erfolge der Revolution sichern und den Ausbau unserer sozialen und wirtschaftlichen Zustände zum Sozialismus in Ordnung gebracht. Von den etwa 200 anwesenden Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates stimmten nur 9 gegen diese Resolution.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Brandenburg a. O.

Vom Soldatenrat des 3. Garderegiments zu Fuß werden wir um Aufnahme folgender Resolution gebeten:

Der Soldatenrat des 3. Garderegiments zu Fuß protestiert gegen die am 30. d. M. in der Volkerversammlung der Soldatenräte im Reichstag vorgenommene Wahl der soldatischen Mitglieder zum Groß-Berliner Volksgesetz auf Grund der Verhältniswahl. Die Voraussetzungen hierzu waren auch bei der Zusammenkunft der Soldatenräte nicht gegeben.

Vom ersten Tage der Revolution an war es das vornehmste Bestreben der Soldaten, sich dem parteipolitischen Kampf innerhalb der Sozialdemokratie fernzuhalten und immer wieder für die Einigkeit innerhalb derselben und, da nun einmal Parteien vorhanden sind, bei der Besetzung von Ämtern immer wieder für Parität einzutreten.

Am 10. November war es das Verdienst der Soldaten gewesen, der Republik eine partiellisch zusammengesetzte sozialistische Regierung gegeben zu haben. Wir wollen den Bruderkampf, der zu unserem größten Bedauern innerhalb der Arbeiterschaft, von der uns allein nur der selbsterhaltende Noth unterscheidet, in unsere Reihen nicht übergreifen lassen. Wir achten die persönliche Meinung eines jeden und fühlen uns solidarisch mit jedem Arbeiter und Soldaten, der bereit ist, die Errungenschaften des 9. November zu schützen, zu verteidigen und weiter auszubauen zu wollen.

Wir stehen hinter jeder Regierung, unabhängig von den Personen, so lange und die Gewißheit gegeben ist, daß sie für die vorher genannten Ziele kräftig eintritt und den festen Willen zeigt, ihren sozialistischen Aufgaben im Interesse der gesamten Republik gerecht zu werden.

Das bedauerliche parteipolitische Verhalten der Delegierten der Volkerversammlung der Soldatenräte Groß-Berlin in der Sitzung am 30. Dezember muß unbedingt dazu führen, daß die Einigkeit, die wir nach ausdauernder Tätigkeit in den Reihen unserer Kameraden erreicht haben, zerstört wird, und der Parteikampf auch in die Reihen übergreifen wird.

Schon jetzt wird infolge dieser bedauerlichen Vorgänge die Fortdauer der Revolution zum Soldatenrat innerhalb der Regimenter vom parteipolitischen Standpunkt aus vorzuziehen. Das Abweichen vom Verhältnisverhältnis bei den Soldaten bedroht die mühsam errungene Ordnung und das kameradschaftliche Verhältnis in den Regimenter aus der Höhe und ist nur zu sehr geeignet, uns, die wir viereinhalb Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen Seite an Seite gekämpft haben, in einen Bruderkrieg, Kamerad gegen Kamerad, hineinzutreiben, und uns auch noch um die Früchte der Revolution zu bringen.

Wir protestieren daher gegen die am 30. Dezember 1918 vorgenommene Wahl im Reichstag und fordern Neuwahl unserer soldatischen Mitglieder im Groß-Berliner Volksgesetz auf Grund der Parität.

Der Soldatenrat des 3. Garderegiments zu Fuß
J. A.: gez. Ordo, Schreiner, Barnte.

Groß-Berlin

Sichert Euer Wahlrecht.

Die Wählerlisten zur Nationalversammlung sind außerst mangelhaft; ganze Häuser fehlen. Wer am Wahltag nicht in der Liste steht, kann nicht wählen! Jeder sehe sofort nach, ob er eingetragen ist. Die Frist ist kurz!

Auftakt 1919.

Das Jahr 1918, das so unendlich viel Jammer und Leid gebracht hat, neigte sich am Silvesterabend seinem Ende zu, als die Berliner in großen Scharen sich im Januar der Stadt einfanden, um das beginnende Jahr zu begrüßen. Doch da gab es lange Gesichter. Die Stätten des Vergnügens waren zum größten Teil geschlossen, da die Berliner in den Ausland getrieben waren. Die in den Abendstunden für ihre wirtschaftlichen Forderungen demonstrierenden Berliner zerstreuten sich indessen später und wählten sich unter das für die Silvesterfeier „obdachlos“ Publikum. Gar vielen Leuten wollte es zwar nicht in den Kram passen, daß sie bei dem feuchten Wetter ohne den üblichen Fusch feiern sollten; aber der Jahreswechsel wird nun einmal mit Humor begangen, was die Leute auch bald einsehen. Man schloß sich frei von der Bevormundung durch die Polizei, daher lautete die Losung: „Zimmer rein ins Vergnügen“. Die Jugend sorgte überreichlich für den nötigen Rummel. Als die Mitternachtstunde kam, erhob sich ein rausendes Getöse, das durch das Abstreifen tausender Feuerwerkskörper erzeugt wurde, und tausende Militärkarabinen flogen zum bewölkten Himmel auf. Prost Neujahr — Prost Friedensjahr, riefen Tausende und Abertausende. Alles, was die Berliner von der Zukunft hoffen, hängt in diesem Aute wieder. Frieden, Freiheit, Wiederaufrichtung nach grausamsten Räten und neue Lebensfreude sind es, was alle von dem jungen Jahre erwarten. Die Zukunft ist in den Massen, und sie zeigte sich am deutlichsten in der harmlosen Freude der Silvesterfeier. Jeder, der diesen Jahreswechsel im Drogen Berlins miterlebt hat, bringt den Eindruck mit, daß alle fühlten: Wir dürfen wieder hoffen und wir hoffen!

Die arbeitslosen, streikenden und ausespernten Kellner und Köche

sonne des postwirtschaftliche Personal aus den Kellner und ausespernten Betrieben hatten sich am gestrigen Neujahrstag, nachmittags 3 Uhr, zu einer Demonstrationssammlung im Lustgarten versammelt. Es wurde mitgeteilt, daß von den Kellnerbetrieben bereits mehr als 20 die Grundforderung auf Bewilligung fester Entlohnung an das Bedienungspersonal anerkannt hätten. Die Weinrentanten seien dagegen unter der Hilfe der bewilligenden Firmen noch ziemlich spärlich vertreten. An dem Demonstrationzug, der sich hierauf formierte und dem berufslosere Personen nach Möglichkeit fern-

gehalten wurden, beteiligten sich 8000—10000 Kellner, Köche, Hausdiener, Küchenmädchen usw. Zunächst bewegte sich der Zug nach dem Rathause, wo durch eine Deputation dem Ratsekretär die Forderung vorgelegt wurde, ob er zu gegebener Zeit bereit sein würde, wegen der Beseitigung des Lohnsystems zu verhandeln. Da der Unternehmer, Herr Falkenberg, keinerlei Aussicht auf die Möglichkeit von Verhandlungen machen konnte, zogen es die in Betriebe längen Kollegen vor, die Arbeit einzustellen, worauf der Berliner Ratsekretär geschlossen wurde. Der Zug bewegte sich dann die Linden entlang nach der Friedrichstraße, wo sich die wenigen Betriebe, die noch nicht bewilligt oder geschlossen hatten, zumeist dem Vorgehen des Ratsekretärs angeschlossen.

Aus Solidarität mit den Cafébesitzern haben am Neujahrstag bereits eine größere Anzahl Speisehäuser geschlossen.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht

beginnen die Vorträge und Vorlesungen am 7. Januar. Behandelt wird „Schule und Elternhaus“ (Veh. Rat. Kasper und Gärlich), „Schule und Volk“ (Veh. Rat. Kasper), „Berufsbildung“ (Veh. Rat. Kasper und Frau Leoy-Rathenau), „Pädagogik und experimentelle Pädagogik“ (Veh. Rat. Stumpf und Dr. Lohberg), „Rassistische Volkserziehung“ (Prof. Thiel), „Vortrag deutscher Geschichte“ (Luhng. Handt).

Anfragen und Kartenbezug schriftlich und mündlich in der Geschäftsstelle des Zentralinstituts, Potsdamer Str. 120.

Christliche Straßendemonstrationen gegen Adolf Hoffmann gab es am Neujahrstag im Anschluß an sehr stark besuchte Versammlungen im Circus Busch und im Lustgarten. Nach dem Aufmarsch mit Gesang über die Linden drang man, nach bewährten Schartakumustern, in das Kultusministerium ein und wollte Adolf Hoffmann herausfordern. Er war aber nicht da und mit seinem Geist wollte man sich nicht begnügen. Der Jettumsabgeordnete Dr. Weisser brachte noch ein „Weder mit der Sozialrepublik, es lebe die demokratische Republik“ aus und dann zog man zur Reichskanzlei, wo wieder geredet wurde. Nach weiteren Umzug versuchte man sich unter einer ordentlichen Axtenschlacht vor dem Kultusministerium, versprach aber, wiederzukommen. Herr Adolf Hoffmann hat es übrigens fertiggebracht, die Liberalen und die Sozialisten wieder zu vereinen. Wir gratulieren!

Der Rückmarsch aus der Ukraine. Die 8. Batterie des Landwehr-Regiments 16 teilt mit, daß sie wohlbekannt in Potsdam bei Kowal eingetroffen ist.

Samariter in Volksversammlungen! Der Arbeiter-Samariterbund ersucht alle Einberufenen von öffentlichen Versammlungen, sich auch für einen geeigneten Raum vorzusehen, in dem plötzlich ankommende Besuche behandelt werden können. Es liegt das im Interesse der Versammlungen und ihres ungehinderten Verlaufes, zumal leider manche Kriegsteilnehmer mit Krämpfen usw. befallen heimgekehrt sind.

Tauentagen-Tafel! Bruno Kasper wird Freitag, den 8. Januar, mit einem großen Lustspiel zur Aufführung kommen, das den Titel „Der Gottes-Dienstverweigerer“ führt. Räte Haack, Senla, Söveland und Frig. Beckmann unterstützen ihn in den Hauptrollen. Regie: Adolf Gärner. — Ein während der Dauer des Krieges verbotenes Lustspiel in 8 Akten mit der untergeordneten Darstellern in der Hauptrolle führt den Titel „Rathauschen Nr. 8“.

Ernter. Den hiesigen Arbeitern ist folgende als Weihnachtsabend die Gemeinde-Turnhalle zur Verfügung freigegeben worden. Nach 1918 war ein gleiches Geschäft ohne jegliche Unterstützung abgelehnt worden. Am Sonntag, den 6. Januar, vormittags 9 Uhr, findet nun das Turnfest statt. Treffpunkt im Lokal der Frau Trost. Die Parteigenossen werden gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Wilmersdorf. Die erste öffentliche Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates findet am Freitag, den 3. Januar 1919, in der Aula der Victoria-Luisen-Schule um 7 Uhr abends statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Mitteilungen. 2. Bericht über die Sitzungen der Kommission des Arbeiterbundes Groß-Berlin. 3. Bericht der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte. 4. Bericht der Lebensmitteldeputation. 5. Arbeitslosenversicherung. 6. Wohnungsfragen. 7. Verschiedenes.

Lichterfeste, Lebensmittel, 875 Gramm Zucker auf Nr. 54, Hefe auf Nr. 18 und 20, nach 12 Uhr marktfrei; für Kinder bis zu 3 Jahren 1 Pfund Gerstenvollkorn und 6 Pakete Zwieback auf Nr. 2.

Wahlversammlungen.

Riederschneweide. Freitag, 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Berliner Str. 97/98, Edu. Rudowet Str. Mitgliederversammlung. Vortrag des Kandidaten Gen. Rüter-Schöneberg.

Montag, 6. Januar, in der Aula der Gemeindefschule, öffentliche Versammlung.

Alt-Stenide. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Volksversammlung bei Wehr. Grünauer Str. 38. Referent: Kandidat Gen. Rüter-Schöneberg.

Rönlgs-Wasserhausen. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Eisenkranz“, Versammlung der Genossinnen. Kandidatin Genossin Rhued spricht über die Notwendigkeit der politischen Organisation.

Mudom. Sonnabend, den 4. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Weider, öffentliche Volksversammlung. Referent der Kandidat Gen. Rüter-Schöneberg.

Teltow. Freitag, 3. Januar, abends 7 Uhr, im „Weißen Schwan“, öffentliche Volksversammlung. Referentin Kandidatin Genossin Rhued. Baumfahnenweg.

Dahlemburg. Sonnabend, 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung.

Reinickendorf-West. Donnerstag, 2. Januar 1919, abends 7 Uhr, in Hartmanns Brauerei, Schornweiderstr. 169/170, große öffentliche Versammlung. Parteivorstandsmittels Genossin Juchacz spricht über „Was erhoffen wir von der Nationalversammlung?“ Arbeiter, Bürger und Frauen, kommt in Massen zu dieser Versammlung. Die Revolution hat den Frauen das höchste Recht, das Wahlrecht gegeben. — Beiratsberatungen zur Sozialdemokratischen Partei sind zu richten an Gustav Schaeff, Antonienstr. 45.

Wilmersdorf. Gemeindeversammlung, Sonnabend, 4. Januar, pünktlich 8 Uhr abends, in der Aula des Victoria-Gymnasiums, Potsdamer Str. 30. Dr. Rohmann spricht über „Der Deutliche und die Nationalversammlung“. Kocher freie Aussprache.

Wilmersdorf. Heute, Donnerstag, 2. Januar 1919, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung. Es spricht Genosse Lademana über den Wahlkampf. Gäste willkommen.

Wilmersdorf, Palaststr. Freitag, 3. Januar 1919, 8 Uhr abends, große Frauenversammlung. 1. Restaurant Stadtpark, Kaiserallee 61/62, großer Saal. Referentin Adèle Schreiber. 2. Aula der Goethe-Schule, Westfälische Ecke Raststraße Str. 24. Referentin Martha Hoppe. In beiden Versammlungen freie Aussprache.

Charlottenburg. Sonnabend, 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr, für die Mitglieder der 6. Gruppe im Lokal von Kanitz, Schillerstr. 84, Gruppenversammlung, zu der alle aus dem Felde zurückgekehrten Parteigenossen (E. P. D.), die eine Einladung nicht erhalten haben, hierdurch freundlich eingeladen sind.

Verantwortlich für Politik: Erich Kasper, Berlin; für den literarischen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für den künstlerischen Teil: Berlin; Verlag: Rudolf-Verlag, Berlin. Druck: Friedrichshagen-Verlag, Berlin; Verlagsanstalt: Deut. Verlag, Berlin, Lindenstraße 2.

